









Acht Parteien zur Europawahl 2024

Wahlprogramme kurz zusammengefasst

									
EU-Wahl 2019: Stimmenanteile und Sitze	28,9 %, 29 Sitze	20,5 %, 21 Sitze	15,8 %, 16 Sitze	11,0 %, 11 Sitze		5,5 %, 5 Sitze	5,4 %, 5 Sitze	2,2 %, 2 Sitze	nicht angetreten
Gemeinsame Agrarpolitik	„Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) muss eine starke ökonomische Säule haben.“ Die Direktzahlungen sollen stark vereinfacht werden.	„Wir streben eine grundsätzliche Reform der EU-Agrarpolitik an, bei der Leistungen für das Gemeinwohl honoriert werden, nicht das Eigentum an Fläche.“ Dazu zählen die Grünen Maßnahmen für Klima, Wasser, Boden, Biodiversität, Gesundheit und Tierschutz.	„Wir streben eine Weiterentwicklung der Agrarförderung an, die Aspekte des Klimaschutzes, der Klimaanpassung und der biologischen Vielfalt noch stärker in den Fokus nimmt.“	„Eine leistungsgerechte Vergütung der Landwirte soll mit mehr Selbstständigkeit und ohne EU-Verordnungswahn geschehen.“ Die AfD lehnt die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab.		Die Agrarförderung und die Flächenprämien sollen nach sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien eingesetzt werden.	„Gute Agrarpolitik gibt es auch ohne Geld.“ Die flächenbezogenen Direktzahlungen der ersten Säule sollen schrittweise über einen Zeitraum von 15 Jahren abgebaut werden. Wettbewerbsbedingungen will die FDP verbessern und Bürokratie abbauen.	„Wir fordern den Erhalt und den Ausbau der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).“ Umweltsystemleistungen aus der zweiten Säule sollen angemessen bezahlt werden.	Subventionen sollen nach Kriterien vergeben werden, „die Regionalität, Versorgungssicherheit, regionale Identität und positive Umweltbeiträge der Landwirtschaft berücksichtigen“. Landwirtschaftspolitik soll nicht „einseitig Teil der Umweltpolitik“ sein.
Wolf	Herdenschutzmaßnahmen reichen der Union nicht aus: „Wir brauchen in vielen Gebieten ein Wolfsmanagement, das die Zahl der Wölfe begrenzt und Abschlüsse bei hoher Wolfsdichte ermöglicht.“	Der Wolf kommt im Wahlprogramm der Grünen nicht vor. Weidetierhaltung wollen sie fördern.	Der Wolf kommt im Wahlprogramm der SPD nicht vor.	Der Wolf soll „räumlich und zahlenmäßig reglementiert“ werden. „Dafür ist der Wolf von Anhang IV in Anhang V der FFH-Richtlinie zu überführen.“		Der Wolf kommt im Wahlprogramm der Linken nicht vor. Die europäischen Naturschutzrichtlinien will sie so reformieren, dass die „Freizeitjagd begrenzt wird“.	„Wir wollen den Schutzstatus des Wolfes für die Regionen senken, in denen ein gesunder Erhaltungszustand erreicht ist.“	Die EU-Mitgliedstaaten sollen eine aktive Bejagung der Wölfe einrichten. „Jeder Wolfsangriff auf Nutz- und Haustiere soll mit dem Marktwert durch EU-Mittel entschädigt werden.“	Der Wolf kommt im Wahlprogramm des BSW nicht vor. Die Weidetierhaltung soll durch Unterstützung von Herdenschutzmaßnahmen gefördert werden.
Pflanzenschutz	Die Union will keine pauschale Mengenreduktion beim Pflanzenschutz. Sie sieht die Landwirtschaft als „Hightech-Sektor“ mit integriertem Pflanzenschutz und Precision Farming.	Die Grünen orientieren sich am Leitbild „Freiheit von synthetischen Pestiziden“. Nahrungsmittel sollen rückstandsfrei von Pestiziden sein. Einsatz von „Pestiziden so stark wie möglich einschränken“; Verpflichtende Pflanzenschutzsteuer; schnellstmögliches Glyphosatverbot	„Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wollen wir weiter deutlich verringern.“	„Wirksamer Pflanzenschutz muss auf Basis guter fachlicher Praxis und wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgen.“		Pflanzenschutz „drastisch reduzieren“; Integrierter Pflanzenschutz als Leitbild; Glyphosat verbieten	Die FDP will keine „willkürlichen Zulassungsverfahren und pauschalen Einschränkungen“ beim Pflanzenschutz.	Die Freien Wähler wollen Pflanzenschutzreduktion jedoch ohne pauschale Ziele. Pflanzenschutzverordnung „SUR“ war „gegen gesunden Menschenverstand“	Das BSW fordert, Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel „transparenter und unabhängiger“ zu machen.
Ländlicher Raum	Die ländliche Entwicklung ist aus Sicht der Union „ein Schwerpunkt der EU-Politik“ und soll es auch bleiben. Die Partei will in ländlichen Räumen „neben Land- und Forstwirtschaft vor allem Bioökonomie, Erneuerbare Energien und Tourismus“ stärken.	Die Grünen planen den „(Wieder-) Aufbau einer dezentralen handwerklichen Lebensmittelverarbeitung, regionale Wertschöpfungsketten sowie die Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe“ im ländlichen Raum. EU-Förderprogramme wie LEADER oder ELER wollen sie ausbauen.	Die SPD will „Städte, Küstenregionen und ländliche Gebiete bei dem nachhaltigen Wandel unterstützen und verhindern, dass einzelne Regionen in der Transformation abgehängt werden“. Öffentliche Verkehrsmittel in ländlichen Gebieten will sie fördern.	Die AfD widmet der „Gleichberechtigung von Stadt und Land“ in ihrem EU-Wahlprogramm 3,5 Textzeilen. Sie unterstützt die Stärkung der „verkehrlichen und digitalen Infrastruktur“ und betrachtet eine „entsprechende Förderung der Wirtschaft“ als einen Baustein „auf dem Weg zu gleichen Lebensbedingungen“.		„Die Ausgestaltung lokaler Ernährungsstrategien und regionaler Kreislaufwirtschaft in Kooperation aller Akteur*innen“ sieht die Linke als Voraussetzung für lebendige ländliche Räume. Weitere Äußerungen zur Entwicklung des ländlichen Raums fehlen im EU-Wahlprogramm der Partei.	Das Begriffspaar „ländlicher Raum“ kommt im EU-Wahlprogramm der FDP nur einmal vor. Der Satz lautet: „Wir Freie Demokraten sehen den Führungschein als gelebte Freiheit. Er ermöglicht Mobilität, gerade im ländlichen Raum.“	Die Freien Wähler wollen „den ländlichen Raum mit seiner Kulturlandschaft stärken“. Außerdem heißt es im Programm, dass die digitale Anbindung des ländlichen Raumes „auf demselben Niveau erfolgen“ solle wie in den Ballungsräumen. Gerade in ländlichen Räumen sei der Ausbau des ÖPNV zu fördern.	Zur Zukunft der ländlichen Räume äußert sich die Partei in ihrem EU-Wahlprogramm nicht.
Freihandelsabkommen / Mercosur	„Wir wollen mehr Freihandelsabkommen vor allem mit den USA und Südamerika abschließen.“	„Wir lehnen das Mercosur-Abkommen in seiner jetzigen Form ab.“ Mercosur-Abkommen braucht rechtlich verbindliche, einklagbare Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial- und Klimaschutzes.	Das Mercosur-Abkommen kommt nicht im Wahlprogramm der SPD vor. Handelsabkommen sollten aus ihrer Sicht jedoch „verbindliche menschenrechtliche und ökologische Standards zum Schutz von Beschäftigten und der Umwelt enthalten“.	Die AfD will eine „verstärkte Zusammenarbeit mit Mercosur“ und ist gegen Aufweichung von Standards durch „einseitige“ Freihandelsabkommen.		Die Linke lehnt das Mercosur-Abkommen ab und sieht Freihandel als „Ausbeutung“.	Die FDP will das Mercosur-Freihandelsabkommen abschließen und eine „große Freihandelszone der Demokratien gründen“.	Das Mercosur-Abkommen kommt nicht im Wahlprogramm der Freien Wähler vor. Sie fordern Freihandelsabkommen „im Sinne der europäischen Bürger“.	„Freihandelsabkommen wie Mercosur lehnen wir ab.“
Ernährungs-/Versorgungssicherheit	Die Union fokussiert sich auf Ernährungssicherheit und die wirtschaftlichen Perspektiven für Landwirte.	„Die Klimakrise bedeutet existenzielle Herausforderungen für die Ernährungssicherheit weltweit. Eine produktive ökologische Landwirtschaft soll widerstandsfähiger gegen diese Krise werden.“	„Eine umfassende Ernährungssicherung innerhalb Europas soll unter gleichzeitiger Wahrung der natürlichen Ressourcen besser abgesichert werden.“	„Die AfD kämpft für ein Deutschland, in dem Ernährungssicherheit und Selbstversorgung auch für zukünftige Generationen gewährleistet bleiben.“		„Voraussetzung für lebendige ländliche Räume ist die Ausgestaltung lokaler Ernährungsstrategien und regionaler Kreislaufwirtschaft in Kooperation aller Akteur*innen.“	„Die Produktion von hochwertigen Lebensmitteln vor der eigenen Haustür ist in unserem ureigenen Interesse.“	„Landwirte sollen in erster Linie für Ernährungssicherheit mit gesunden, hochwertigen Lebensmitteln sorgen.“	„Landwirtschaft dient zuerst der Ernährungssicherung im eigenen Land.“
Green Deal	Die Union will den Green Deal „wirtschaftsfreundlich weiterentwickeln“ und diesen sowie die EU-Taxonomie auf Praxistauglichkeit überprüfen.	Die Grünen wollen den Green Deal mit Anreizen für Landwirte umsetzen, Naturschutzgebiete im Austausch mit Landwirten vernetzen.	Die SPD will die EU-Agrarpolitik am Green Deal ausrichten.	Die AfD will den Green Deal stoppen und „alle Klimaschutzgesetze abschaffen“.		Green Deal geht nicht weit genug. Die Linke will „alle Industrie-sektoren sozial und ökologisch umbauen“.	Die FDP fordert eine Regulierungspause beim Green Deal und will Klimaschutz „nur international angehen“.	Die FW lehnen „alle Regelungen der EU [ab], die dazu führen, dass Produktion in außereuropäische Länder verlagert wird“.	Das BSW will eine Klimapolitik durch „technologische Innovation, öffentliche Förderung und vernünftige Anreize“.
Tierschutz, Tiertransporte	Das Thema Tiertransporte kommt im Wahlprogramm der Union nicht vor.	EU-Tierzahl soll sich am Pariser Klimaschutzabkommen orientieren. Ende der Käfig- und Kastenhaltung in Europa; ganzjährige Außenhaltung; Lebendtiertransporte maximal 8 Stunden; Ende von Transporten in Drittstaaten; Küentöten EU-weit verbieten	EU-weite Kennzeichnungspflicht der Haltungsformen; Tierwohl-label für alle tierischen unverarbeiteten und verarbeiteten Produkte; Lebendtiertransporte maximal 8 Stunden; Verbot von Lebendtiertransporten in Drittstaaten	„Artgerechte“ Haltungssysteme fördern; Lebendtiertransporte maximal 6 Stunden; Transport in Drittstaaten nur „zu Zwecken der Züchtung“.		Verbot von Käfighaltung; Lebendtiertransporte maximal 4 Stunden; Verbot von Lebendtiertransporten in Drittstaaten	Die FDP will EU-weite Mindeststandards für den Tierschutz, „die kleinere und mittlere Betriebe nicht überfordern“. „Tierschutz darf kein Wettbewerbsnachteil sein.“	Keine Tiertransporte in Drittstaaten; EU-einheitliche Haltungsstandards	Das BSW strebt eine flächengebundene Tierhaltung an und will Weidetierhaltung durch Herdenschutzmaßnahmen fördern.
Gentechnik/ Neue Züchtungsmethoden	Union will einen „starken Impuls“ für neue Züchtungstechniken geben.	„Gentechnikfreiheit“ muss für alle Betriebe möglich bleiben. Keine Patente auf Pflanzen; verpflichtende Kennzeichnung; „Unkontrollierbare Verbreitung“ alter und neuer Gentechnik ausschließen	Die SPD will Neue Gentechnik „ergebnisoffen prüfen“, fordert jedoch eine verpflichtende Kennzeichnung. „Auch Neue Gentechnik kann „unerwünschte Effekte“ haben.“	Die AfD will den Einsatz von Gentechnik streng überwachen und auf tatsächlichen Nutzen prüfen.		Die Linke lehnt neue Gentechnik ab.	Reform des europäischen Gentechnikrechts; Bewertung des Produktes, nicht der Methode (z. B.: CRISPR)	Die FW werden „innovative Züchtungsmethoden zukunftsweisend unterstützen“.	Das BSW lehnt „Agrogentechnik“ ab und will „keine Patente auf Leben“. Es plant den freien Nachbau von Saatgut.
Quellen:	Wahlprogramm von CDU und CSU zur Europawahl 2024	Wahlprogramm der Grünen zur Europawahl 2024	Wahlprogramm der SPD zur Europawahl 2024	Wahlprogramm der AfD zur Europawahl 2024	Wahlprogramm der Linken zur Europawahl 2024	Wahlprogramm der FDP zur Europawahl 2024	Wahlprogramm der Freien Wähler zur Europawahl 2024	Wahlprogramm des Bündnis Sahra Wagenknecht zur Europawahl 2024	

Recherche: Stefanie Awater-Esper, Gisbert Strottdrees, Konstantin Kockerols